

**Geschäftsführung
Bezirksvertretung 8 (Kalk)**

Herr Menne

Telefon: (0221) 221-98313
Fax : (0221) 221-98347
E-Mail: dieter.menne@stadt-koeln.de

Datum: 12.02.2013

**Auszug
aus der Niederschrift der 28. Sitzung der Bezirksvertretung Kalk
vom 06.12.2012****öffentlich****8.2.1 Lkw-Führungskonzept 2012
1460/2012****Gemeinsamer Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Bezirksvertreter Fischer (Die Linke.) und Delawari (Bündnis 90/Die Grünen) vom 06.12.2012
AN/1972/2012**

Bezirksvertreter Schuiszill (CDU-Fraktion) erklärt, dass seine Fraktion sowohl die Beschlussvorlage als auch den vorliegenden Änderungsantrag ablehnen wird. Der Grund ist nicht die Ablehnung eines Lkw-Führungskonzeptes, sondern es sind die Ereignisse der letzten Zeit (Sperrung der Leverkusener Autobahnbrücke, des Tunnels Grenzstraße hinter der Zoobrücke und die schon länger bestehende Sperrung der Mülheimer Brücke für Lkw), die zum jetzigen Zeitpunkt ein derartiges Konzept nicht mehr beratungsfähig erscheinen lassen. Aus Sicht der CDU-Fraktion müsste die Vorlage zurückgezogen werden und die Verwaltung mit dem Landesbetrieb Straßen NRW und den zuständigen Bundesbehörden zeitnah eine sinnvolle Lösung überlegen, wie die bestehenden Lkw-Verkehrsprobleme gelöst werden können.

Bezirksvertreter Krems (SPD-Fraktion) ist anderer Ansicht. Aufgrund der schwierigen Situation mit dem Lkw-Verkehr ist es gerade zum jetzigen Zeitpunkt wichtig, das derzeit gültige Lkw-Führungskonzept aus dem Jahre 1992 zu überarbeiten. Es geht nicht darum, Straßen zu sperren, sondern dem Lkw-Durchgangsverkehr entsprechende Routen vorzuschlagen, um insbesondere Bürgerinnen und Bürgern in Wohngebieten von diesem Verkehr zu entlasten. Auch in Anbetracht der Prognosen, dass der Lkw-Verkehr in den nächsten Jahren weiter zunehmen wird, ist es nach Auffassung seiner Fraktion umso wichtiger, für den Lkw-Durchgangsverkehr entsprechende neue Routen im überregionalen Straßennetz vorzuschlagen, d. h. für Köln überwiegend auf dem Kölner Autobahnring. Mit dem Beschluss über dieses Konzept verbind-

det seine Fraktion auch die Aufforderung an den Bund als Träger der Straßenbaulast für die Autobahnen, zügig die notwendigen Finanzmittel für einen weiteren erforderlichen Ausbau des Autobahnringes und die Sanierung der vorhandenen Brückenschäden auf diesem Ring bereitzustellen.

Anschließend begründet er den vorliegenden gemeinsamen Änderungsantrag. Er hebt besonders die Ortslage Rath/Heumar hervor, die verstärkt durch Lkw-Verkehre aus dem Gewerbegebiet Airport-Business-Park in Porz-Gremberghoven, die sowohl in Richtung Norden als auch in Richtung Frankfurt abfließen, belastet ist. Diese Verkehre gehören ausnahmslos auf den Autobahnring.

Bezirksvertreter Sticht (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) schließt sich uneingeschränkt seinem Vorredner an. Auch aus Sicht seiner Fraktion ist es wichtig, das alte Konzept abzulösen, damit innerstädtische Straßen, die jetzt noch für Lkw empfohlen werden, herausgenommen werden.

Bezirksvertreter Krems stellt im Zusammenhang mit dieser Beschlussvorlage folgende Frage unter Bezug auf die Mitteilung der Verwaltung in der Sitzung der BV 8 am 02.12.2010 unter TOP 9.1.3. (Vorlage Nr. 4952/2010). Dort heißt es:

„Im Bereich Gremberghoven ist nur die Ansiedlung einer Spedition im Bereich Hansestraße bekannt. Hier besteht jedoch kein städtebaulicher Vertrag mit Geboten zur Verkehrsführung, sondern ein Durchführungsvertrag mit einer Routenempfehlung. Es wurde vereinbart, dass bei Überschreitung der für das Logistikzentrum prognostizierten Verkehrsbelastungen im Bereich Rath/Heumar, die Routenwahl insbesondere des Schwerverkehrs und im Nachtzeitraum erneut überprüft werden muss. Hierfür hat sich die Firma verpflichtet ein Jahr nach Inbetriebnahme des Logistikzentrums entsprechende Verkehrserhebungen auf eigene Kosten durchzuführen. Dieser Vorgang muss erst abgeschlossen sein, bevor die Verwaltung hierzu eine Beurteilung abgeben kann.“

Er bittet um Mitteilung der Ergebnisse der Verkehrserhebungen und um Darstellung etwaig getroffener Maßnahmen.

Bezirksbürgermeister Thiele stellt den gemeinsamen Änderungsantrag zur Abstimmung:

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Kalk empfiehlt dem Verkehrsausschuss wie folgt zu beschließen:

Der Verkehrsausschuss nimmt die Untersuchungsergebnisse zum Lkw-Führungskonzept zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, *die Beschlussvariante 4 mit folgenden Teilmaßnahmen der Variante 2 weiter zu verfolgen:*

Zur Entlastung des Ortskernes von Rath/Heumar (vgl. dazu S. 4 der Verwaltungsvorlage) sind die Verbindungen Lützerathstraße, Rösrather Straße zwischen Neubrück und Bensberger Straße, Eiler Straße und Rather Mauspfad nicht als „nachgeordnete Lkw-Verbindungen“ darzustellen. Dadurch wird auch der Neubrücker Ring vom Lkw-Durchgangsverkehr entlastet und auf eine Funktion als Zubringerstrecke für die Gewerbebetriebe im Bereich Rösrather Straße/Pauline-Christmann-Straße reduziert.

Weiterhin wird die Verwaltung beauftragt, das Konzept mit den Kölner Nachbargemeinden abzustimmen und Verhandlungen mit den Herstellern von Navigationssoftware zur Übernahme der Lkw-Daten ins Navigationssystem zu führen.

Die Verwaltung wird beauftragt, beim Bundesgesetzgeber über den Deutschen Städtetag die Einführung einer Lkw-Durchfahrtsverbotszone anzuregen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die CDU-Fraktion und der Stimme des Bezirksvertreters Meurer-Eichberg (FDP) zugestimmt.